

Verantwortl. Redakteur: N. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: N. O. Köhler in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: In Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
Anzeigen: Die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

**Abonnements-Einladung.**  
Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat **Dezember** auf die täglich einmal erscheinende **Pommersche Zeitung** mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende **Stettiner Zeitung** mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 23. November.  
**Deutscher Reichstag.**  
130. Plenar-Sitzung vom 23. November, 1 Uhr.

Eingegangen: Handelsvertrag mit Nicaragua.  
Die Beratung der Justiznovelle wird fortgesetzt bei § 103 der Strafprozessordnung. Derfelbe handelt von der Durchsuchung von Wohnungen bei „anderen“ Personen, als dem Täter einer strafbaren Handlung.

Abg. Mintelen beantragt einen Zusatz dahin: die Unterdrückung des Körpers einer Person zwecks Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung gegen den Willen der Person ist unzulässig.  
Geh. Rath v. Lenthe bedauert, diesem Antrag entgegenzutreten zu müssen. Die körperliche Unterdrückung Anderer sei sehr oft im Interesse der Feststellung eines strafbaren Tatbestandes notwendig. Und nicht nur im Interesse einer Strafverfolgung, sondern auch, um die Unschuld einer Person festzustellen. Die körperliche Unterdrückung weiblicher Personen, gegen welche sich hauptsächlich der Antrag richtet, könne auch sehr wohl erfolgen ohne Verletzung der Schamhaftigkeit.

Abg. Städtgen (Soz.) für den Antrag Mintelen, erwirbt einen Fall in Mecklenburg-Schwerin, wo ein noch nicht 15-jähriges Mädchen, gegen welches sich ein Schwager verurtheilt habe, gegen die Zeugnisse der Verurteilung erklärt, gleichwohl aber körperlich untersucht worden sei, gegen ihren Willen. Die Aufgabe des Staates könne doch nicht so weit gehen, so gar ohne Rücksicht auf das Recht zur Zeugnisverweigerung so das fittliche Gefühl einer Person zu verletzen und dadurch vielleicht den Rest des Schamgefühls zu zerstören.

Abg. von Marquardsen (ul.) stellt sich ganz auf den Boden eines Reichsgerichts-Erkenntnisses vom 11. Mai 1886, wonach auch gegen Nichtangeklagte selbst mit Gewalt erzwungen werden könne, ein z. B. ein Stillsitzungsbescheid festzustellen. Auch zum Zwecke einer Entlassung des Beschuldigten sei die Unterdrückung zweifelhaft unethisch.

Abg. von Göttingen (Reichs.) hebt gleichfalls den Antrag bekämpfend, ebenfalls das Interesse der Vertheidigung hervor.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentrum) stellt dem Reichsgerichts-Erkenntnis gegenüber fest, daß der § 103 doch überhaupt von der Durchsuchung von Männern spreche. Zum Mindesten bedürfe es also doch eines besonderen Paragraphen, der die Unterdrückung auch des Körpers anderer Personen (als des Angeklagten) zulasse, und zwar unter gewissen Umständen betreffend Unterdrückung weiblicher Personen nur durch Frauen zc. Wollte man den Antrag Mintelen nicht ohne Weiteres annehmen, so solle man daher die Sache an eine Kommission zur Sondervertheilung, um sich eventuell über eine neue Sonderbestimmung zu einigen.

Geh. Rath v. Lenthe befreit, daß es einer solchen neuen Bestimmung bedürfe, da ja der § 103 von den Gerichten schon jetzt ganz zweckmäßig ausgelegt werde.

Abg. Förster (Antisemit) kann der Tendenz des Antrages Mintelen nicht beistimmen, da es unter Umständen thätiglich möglich sei, die körperliche Unterdrückung vorzunehmen. Schmidt habe aber darin Recht, daß der § 103 zur körperlichen Unterdrückung nicht berechtigt, und vom Reichsgericht entschieden, falsch ausgelegt werde. Am besten sei es daher, sich in der dritten Lesung über eine dem praktischen Bedürfnis entsprechende Bestimmung zu einigen.

Abg. Vech spricht sich in gleichem Sinne aus, also gegen den Antrag Mintelen, aber für eine neue Bestimmung, durch welche § 103 mit der — bisher irigen — Rechtsprechung des Reichsgerichts in Einklang gebracht werde.

Nach kurzer weiterer Debatte, in welcher noch der mecklenburgische Minist. Rath v. Langefeld erklärt, in dem von Städtgen erwähnten Falle sei vom Justizministerium die richtigerweise vollste Vernehmung der Unterdrückung des Mädchens, und zwar nur durch eine Frau, angeordnet worden, wird der Antrag Mintelen angenommen. Dafür stimmen Zentrum, Sozialisten, lutherische Volkspartei und Freisinnige mit Ausnahme von Reich.

Zum § 112, welcher die Unterdrückungshaft regelt, erneuert.

Abg. Frohme (Soz.) einen schon in der Kommission erfolglos gestellten Antrag: der Angeklagte solle in Unterdrückungshaft nur genommen werden dürfen, wenn dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorliegen und wenn ferner Thatsachen vorliegen, die ihn dringend der Flucht oder dessen Verhaftung machen, Spuren der That vernichten oder Mitschuldige bezw. Zeugen zu falscher Aussage verleiten zu wollen. Die Thatsachen müssen sich vor der Verhaftung ereignet haben und sollen öffentlich gemacht werden. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen oder politischen Partei solle als Thatsache in diesem Sinne nicht erachtet werden. Weiter begründet den Antrag damit, daß sehr oft für die Unterdrückungshaft gar kein ausreichender Grund vorliege, wie sich aus der nachfolgenden Rechtsprechung ergebe. Namentlich würden lange Unterdrückungshaft ohne Grund gegen Sozialdemokraten verhängt, dieselben seien da lediglich ein Opfer politischer Verfolgungssucht, im gelobten Lande Sachsen und anderswo. Die Dast diene da der Expression von Gekränktheiten, man wolle die Betroffenen ein bißchen zurechtweisen. Sei das Gerechtigkeit? Solchem Mißbrauch der Unterdrückungshaft müsse abgeholfen werden. Wollte man keinen Antrag nicht annehmen, so solle man diesen Mißbrauch der Unterdrückungshaft wenigstens eingehend erörtern und anderweitige Vorschläge machen.

hast wenigstens eingehend erörtern und anderweitige Vorschläge machen.

Geh. Rath v. Lenthe verweist auf die eingehende Beratung des Antrages in der Kommission, wo die Ablehnung mit 17 gegen 1 Stimme erfolgt sei. Widerspruch müßte er jedenfalls der Behauptung Frohme's, daß man sich jetzt nicht mehr auf die Pflichterfüllung der Richter verlassen könne. Und wenn Frohme behauptet, es kämen in der Unterdrückungshaft Leute vor, die den Thäter für das Zuchthaus reif machten — ja, weshalb bringe man solche Dinge nicht an zuständige Stelle zur Anzeige? Wenn der Antrag sage: zu den in Unterdrückungshaft begründeten Thatsachen solle die Zugehörigkeit zu einer religiösen oder politischen Partei nicht gehören, so könnte man vergleichen doch nur in das Gesetz aufnehmen, wenn der Nachweis einer Unterdrückungshaft aus solchen politischen Gründen erbracht sei. Das sei aber nicht der Fall. Er bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Abg. Frohme erwidert, Beschwerden seien oft genug an die zuständige Behörde ergangen, aber stets vergeblich. Und was die politischen Rücksichten bezüglich der Unterdrückungshaft anlangt, so erinnere er daran, wie erst unlängst die „Hamburger Nachrichten“ die Richter aufgefordert hätten, das Recht gegenüber den Sozialdemokraten zu beugen.

Abg. Städtgen, für den Antrag, befreit dem Kommissionsantrag gegenüber, daß es wirklich so selbstverständlich sei, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei niemals Ursache einer längeren Unterdrückungshaft sei. Wer weiß wie oft werde diese verhängt, weil dem Betreffenden als Sozialdemokrat dies oder jenes zuzutrauen sei. Von ihm selbst habe es einmal in einer Urtheilsbegründung geheißen: „dem Städtgen als ständigem Vertheidiger von Sozialdemokraten sei die Absicht der Verleumdung zuzutragen.“ Und da wolle der Kommissionsantrag, daß die Behörden und Gerichte die Zugehörigkeit zu seiner Partei als eine besondere „Thatsache“, auch im Sinne des vorliegenden Paragraphen, ansehn!

Abg. Förster (Antisemit) sieht keinen Grund ein, den Antrag Frohme nicht anzunehmen. Es ständen darin nur an sich berechnete Forderungen. Die Gerechtigkeit solle doch in der That nicht auf die Parteizugehörigkeit gehen.

Abg. Hausmann (libd. Volksp.) Da in der That Fälle vorkommen, wo die Parteizugehörigkeit in der von den Antragstellern geschilderten Weise in Rücksicht gezogen wird, werde auch ich für den Antrag stimmen.

Damit endet die Debatte. Der Antrag Frohme, für den die entschiedene Linie, die Antisemiten und der eine anwesende Pole stimmen, wird abgelehnt.

Dagegen wird bei § 114 ein Antrag Frohme angenommen, daß dem Angeklagten der Haftbefehl spätestens am Tage „nach seiner Verhaftung“ — statt „nach seiner Einlieferung ins Gefängnis“ — bekannt zu geben sei.

Bei § 137, Vertheidigung, beantragt Abg. von Strombeck hinzuzufügen: die Vollmachten der Vertheidiger sind im Falle der öffentlichen Klage stempelfrei. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Bei § 144, der auch Rechtskundige, welche die erste juristische Prüfung bestanden haben, sowie nöthigenfalls auch Justizbeamte, die nicht als Richter angestellt sind, als Vertheidiger zuläßt, beantragt.

Abg. Stephan-Beuthen (Ztr.), in schwarz-gerichtlichen Strafsachen nur Rechtsanwälte als Vertheidiger zuzulassen.  
Der Antrag, den der Abg. Stephan in Folge eines von dem Geh. Rath v. Lenthe erhobenen Bedenkens dahin einschränkt, daß nur für die Hauptverhandlung vor dem Schwurgerichte die Bestellung eines Rechtsanwalts als Vertheidiger vorgeschrieben sein solle, wird in dieser Fassung angenommen.

Bei § 150, welcher dem zum Vertheidiger bestellten Rechtsanwalt Anspruch auf Gebühren aus der Staatskasse gewährt, wird auf Antrag Mundel-Strombeck und gegen den Widerspruch des Geh. Rath v. Lenthe beschlossen, daß den gleichen Anspruch auch der vom Angeklagten gewählte Vertheidiger haben soll in den Fällen der nach 140 notwendigen Vertheidigung.

Bei § 192 hat die Kommission einen neuen Absatz beschlossen, der die Staatsanwaltschaft ermächtigt, die Erhebung der Klage wegen mangelnden öffentlichen Interesses abzulehnen, wenn es sich handelt um leichtere Formen von Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Verdröhung, strafbaren Eigennutz und Sachbeschädigung.

Ein Antrag von Buchta will diesen Zusatz wieder beseitigen.  
Geh. Rath v. Tschendorff erbittet Ablehnung des Antrages. Es gebe doch bei all diesen Straftaten geringfügige Fälle, wo wirklich kein Anlaß zum Einschreiten im öffentlichen Interesse vorliege. Auch sei ja die Befristung ausgeschlossen, daß die Staatsanwälte in der Erhebung von Anlagen zu lässig sein würden. (Heiterkeit.)

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Hierauf verlag sich das Haus.  
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung, dann die Interpellationen.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Die Pilgerfahrten nach St. Wendel

zu den Gebeinen des „heiligen“ Wendelins, von dem Trierer Bischof eingeleitet und durch seinen Weihbischof beschlossen, haben nach 14-tägiger Dauer am 29. Oktober d. Z. ihr Ende erreicht. Bischof Korum versteht es offenbar, durch derartige Veranstaltungen die Bildung unserer Zeit ins rechte Licht zu setzen: erst die Unterdrückung des Trierer Mordes, dann jüngst die der Sandalen in Brim und nun diejenige der Gebeine zu St. Wendel. Wir wollen den „heiligen“ Wendelinus der Sage überlassen, wohin ihn auch die offizielle Lebensbeschreibung verweist; theilt er doch mit so vielen „Heiligen“ dasselbe Schicksal, an verschiedenen Orten, z. B. zu Buxbaum, in dessen, zugleich vorhanden zu sein. Wir betrachten diese Ausstellung und Pilgerfahrt wesentlich unter dem Gesichtspunkte des Geschäfts und der Politik.

In St. Wendel war unter der Regide eines rührigen Musterkaplans ein katholisches Seßelhaus entstanden, bei dem die Schulbänke ungefähr der Größe des Hauses entsprechen mochte. Was Wunder, daß man „die Gebeine des großen Heiligen, dem unsere Heimat so vieles zu verdanken hat“, wie es in der genannten Lebensbeschreibung heißt, nur auch das Ihrige thun ließ. Es kam die Ausstellung und Pilgerfahrt, die den Stempel des Geschäfts und Pilgertrug trug. Wie auf dem Jahrmarkt ging es in der betreffenden Kirche zu. Dachte man sich glücklich bis zum Chore durchgedrängt, allwo mit bunten Bändern geschmückt und von zahlreichen Kerzen erleuchtet die scholastischen Gebeine in einem gläsernen Sarge ruhten, so wurde einem zunächst ein großer Zimterler entgegengehalten, der nach einem reichen Obols sich schenkte; dann kam der Sarg, an dem ein geschäftiger Diener mit rühriger Hand die hungerreichen Kostenträger vorbeiführte und „weichte“, und daneben noch einmal ein großer Zeller, dazu bestimmt, das Dankopfer für den Anblick des „großen Heiligen“ in Empfang zu nehmen. Aber damit nicht genug.

Der Trierer Bischof versteht sich auf die Politik; bei ihm bekam daher die Ausstellung und Pilgerfahrt ein wesentlich anderes Gesicht. Es war unter dem Mantel der Frömmigkeit eine ultramontane Heerschar, welche zeigen sollte, wie weit man im entscheidenden Augenblicke auf seine Schäflein rechnen kann. Ob freilich diese Heerschar den Erwartungen entsprochen hat, muß allerdings bezweifelt werden. Zwar giebt es ja immer noch eine ziemlich umfangreiche Klasse von solchen, die nicht alle werden, und ein gewisses etwas, gegen das selbst die Götter vergebens kämpfen, aber die einsichtigeren Katholiken — zu ihrer Ehre sei's gesagt — haben sich von dem Treiben und der Heerschar in ihrer überwiegenden Mehrheit fern gehalten. Um so bedauerlicher war das Verhalten der Staatsbehörden bei dieser Gelegenheit. Die königliche Eisenbahndirektion zu Saarbrücken befreit sich, dem zu erwartenden Verkehrsbedürfnisse durch Einlegung zahlreicher Sonderzüge Rechnung zu tragen, sah sich aber genöthigt, nachdem die beiden ersten Sonderzüge glänzend vier ganze Pögel herbeigeführt hatten, diese Züge auf ein Minimum zu beschränken. Allgemein fiel es auch auf und wurde überliefert, daß bei der Schlussprozession, in der die Gebeine unter Glockengeläute und der üblichen Musikbegleitung durch die Straßen der Stadt getragen wurden, das dortige Bezirkskommando durch einen Major vertreten war. Die Palme aber gebührt ohne Zweifel dem königlichen Landratsamte, dessen Geschäftsteil in Abwesenheit des Landraths sein gut katholischer Pfarrer führte. Am Eröffnungstage der Ausstellung prangte das Landratsamt in herrlichem Flaggenschmuck, aber am Geburtstage Ihrer Majestät unserer Kaiserin und Königin zu flagen, hielt dasselbe für unnützlich! Wir dürfen wohl erwarten, daß die Regierung dem Landratsamte mit der nöthigen Unterscheidung klar macht, daß es in erster Linie preussisch ist, somit sich in Zukunft einer patriotischeren Haltung zu befleißigen und von solch ultramontaner Liebeserweckung fernzuhalten hat. Denn daß der wahre Zweck der Ausstellung dem Landratsamte unmöglich unbekannt sein konnte, darüber war man selbst in den besten katholischen Kreisen nicht völlig klar.

## Deutschland.

O Berlin, 23. November. Die im Reichstage nunmehr zur Vertheilung gelangte Novelle zu den Unfallversicherungsgeetzen unterscheidet sich von dem im Juni 1894 im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Entwurfe insofern wesentlich, als sie eine ganze Anzahl von Erweiterungen der Unfallversicherungspflicht enthält, welche allerdings in viel größerer Ausdehnung durch den vorläufig zurückgestellten Entwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerker, Handwerksbetriebe u. s. w. beabsichtigt waren. So sollen die Betriebe, welche sich mit Bauarbeiten befassen, in ihrer ganzen Ausdehnung versicherungspflichtig werden, ferner die gesamte Thätigkeit in den jetzt schon theilweise versicherten Schlächtereien und Apotheken sowie der mit einem Handelsbetriebe verbundenen Lager- und Fuhrwerksbetriebe. Die gesamte Seefischerei wird der Seeverversicherungspflicht angeschlossen werden. Es sollen also Berufsgruppen zu der Unfallversicherungspflicht herangezogen werden, die bisher derselben überhaupt nicht oder nur zu einem kleinen Theile unterlagen. Im Uebrigen gleicht die Novelle, die sich außer auf das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, in welches nunmehr auch das sogenannte Ausdehnungsgesetz von Jahre 1885 aufgenommen werden soll, auf das Landwirthschafts- und Seefischerei-Unfallversicherungsgesetz bezieht, in ihrer Anordnung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die am 1. Januar 1893 in Kraft getreten ist. Die Grundgedanken der Gesetze sind unverändert geblieben, nur die Einzelheiten sollen den praktischen Erfordernissen gemäß umgestaltet werden. Dem entsprechend wird eine große Anzahl von Einzelfragen in der Novelle zur Entscheidung zu bringen versucht. Man findet darin jedoch auch einzelne prinzipielle Punkte. Darunter ist zunächst die Erweiterung der aus dem Gesetze für die Arbeiter entstehenden Wohlthaten zu erwähnen. Es gehört hierhin die Versicherung gegen Unfälle bei Nebenbeschäftigungen, die sofortige Zahlung der Entschädigungen u. s. w. bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit der einzelnen Berufsvereinigungen, die günstigere Bemessung der Rente für Hinterbliebene, die Ausdehnung des Kreises der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen auf die Enkel und Geschwister des Verstorbenen. Ferner ist darunter zu erwähnen die Verringerung in der Vertheilung der Entschädigungspflicht auf mehrere Berufsvereinigungen, die Zulassung der Kapitalabfindung für kleine Renten und die Vereinfachung bei der Behandlung von Haupt- und Nebenbetrieben. Industrie und Landwirthschaft, die ja hauptsächlich von den Kosten für die Unfallversicherung betroffen werden, haben Gelegenheit gehabt, sich eingehend über alle diese Vorschläge zu äußern, jedoch der Reichstag ein völlig gekürztes Feld vorfinden wird. Trotzdem wird es an Kämpfen gerade über diese Materie nicht fehlen. Nun kann man wohl über einzelne Fragen verschiedener Ansicht sein, ein Gesichtspunkt aber sollte, wie bei allen Reformen der Arbeiterversicherung, auch bei der in Rede stehenden im Vordergrund bleiben, nämlich der, daß

die Lasten für die Unternehmer nicht unnötig gesteigert werden. Die Hunderte von Millionen, welche jetzt schon von den Arbeitgebern für die Arbeiterversicherung jährlich aufgebracht werden, lasten schwer auf dem Gewerbe und im Interesse unserer Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande ist dringend zu wünschen, daß sie nicht unnötig vermehrt werden.

Der russische Staatsrath v. Timirjasev wird, wie verlautet, nach Ablauf der zollpolitischen Verhandlungen als Finanzbevollmächtigter Russlands wiederum seinen dauernden Wohnsitz in Berlin nehmen.

Die Abreise des Oberst Liebert nach China erfolgt am Mittwoch Abend. Er wird in Shanghai mit dem Zolldirektor Dering, der vor etwa einer Woche Berlin verlassen hat, zusammenstreffen und dann gemeinsam mit diesem die Reise nach Peking fortsetzen. Oberst Liebert ist bereits am Sonnabend vom Kaiser empfangen worden.

Hauptmann Morgen vom 2. Brandenburg. Grenadier-Regiment Nr. 12 tritt morgen die Reise nach Skirio an, wo er sofort nach dem Sudan aufzubrechen gedenkt. Von der ursprünglichen Absicht, ihn als Militär-Attaché zu bezeichnen, ist — der „Post“ zufolge — Abstand genommen worden, um sich dieserhalb England zu nähern, wo die wegen der Sanftbarfrage zwischen dem Answärtigen Amte und dem Londoner Kabinett bestehende Spannung noch nicht ganz beseitigt sein dürfte. Hauptmann Morgen ist vom Kaiser in Audienz empfangen worden, welcher ihm Grüße von den englischen Oberbefehlshabern Generalmajor Kitchener in Dongala auftrug.

Erstakt, 23. November. Der christlichsoziale Kongress Naumburger Richtung wurde heute mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet. Es sind etwa 120 Delegirte aus allen Theilen Deutschlands anwesend. In dem Bericht über das neu aufgestellte Programm betonte Geheimrath Professor Dr. Sohn aus Leipzig, die neue Partei wolle an die Spitze der Arbeiterbewegung treten und die Sozialdemokratie abdrängen: sie wolle aber weder den Klassenkampf, noch wolle sie konfessionell sein.

Hamburg, 23. November. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden dem Bernheim nach auf der Rückreise von Kiel am Mittwoch in Altona eintreffen und bei dem Generaloberst Grafen von Waldersee absteigen. Der Aufenthalt der Majestäten wird voraussichtlich mehrere Stunden dauern.

Geenthal, 23. November. Fürst Ferdinand von Bulgarien ist hier eingetroffen, um an der Feier des Namensfestes seiner Mutter theilzunehmen, welche dieses Mal im Familienkreise begangen wird. Gestern verweilte der Fürst mehrere Stunden in Wien beizus Einnahme eines ärztlichen Rathes und besuchte auch die dortige diplomatische Agentur Bulgariens.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. November. König Alexander von Serbien empfing gestern Nachmittag den Minister des Aeußeren Grafen Goluchowski und hierauf den Finanzminister v. Kallay in längerer Audienz.

## England.

London, 22. November. Wie amtlich mitgetheilt wird, haben die westindischen Kolonien dringende Vorstellungen bei der britischen Regierung, betreffend die kritische Lage der Zuckerindustrie, erhoben und die Nothwendigkeit von Abhülfe-maßnahmen betont. Die Regierung erwägt den Plan, die Frage durch eine Kommission an Ort und Stelle untersuchen zu lassen.

London, 23. November. Die „Daily News“ melden aus Konstantinopel, daß Reverend Macallum, welcher laut Meldung vom 20. ds. von der türkischen Polizei verhaftet wurde, jetzt wieder freigelassen ist. Der englische Votschaffter Sir Ph. Currie habe der Porte Vorstellungen gemacht, daß in allen Angelegenheiten, in denen englisches Leben und Eigenthum in Frage komme, England kein willkürliches Vorgehen dulden werde. Reverend Macallum wird gestattet werden, sein Wohlthätigkeitswerk fortzusetzen.

London, 23. November. Wie die „Times“ aus Konstantinopel melden, haben die Votschaffter der Porte mitgetheilt, daß, gleichviel ob die türkischen Kommissare bereit seien oder nicht, die ausländischen Mitglieder der Kommission zur Neugestaltung der Gendarmerie am Dienstag und bei der Gerichtskommission am Donnerstag nach Kreta abgehen würden.

## Bulgarien.

Sofia, 23. November. Die „Agence haconique“ erklärt die Meldung, daß der Ministerpräsident Stoiob wegen der bevorstehenden Wahlen eine politische Rundreise angetreten hätte, für völlig ungründlich.

## Griechenland.

Athen, 22. November. Die Zeitung „Asti“ meldet aus Konstantinopel, daß die Porte die Ernennung Scazkoms zu Mitglied der freiständigen Justizkommission genehmigt habe. Die Berichte der Justizkommission und der Gendarmerie-Kommission seien den Votschafften übermittel worden. Saad-Eddin-Pasha sei als Abgesandter für die Gendarmerie-Kommission nach Kreta abgereist.

Athen, 22. November. Nach einer Meldung der Zeitung „Asti“ aus Salonichi drängen Bulgaren in die griechische Kirche der Ortschaft Langobani ein und forderten, eine sogenannte bulgarische Messe zu hören. Gegen die dadurch hervorgerufenen Unruhestörungen sah sich die Polizei genöthigt einzuschreiten und ließ die Kirche schließen, welche auch trotz des nachdrücklichen Protestes des Metropolitens von Salonichi verriegelt bleibt.

## Spreetunnel zwischen Treptow und Stralan bei Berlin.

Der von der „Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen“ geplante Spreetunnel zwischen dem Gelände der Gewerbeausstellung im Treptower Park und dem auf der andern Seite der Spreetee liegenden Dorfe Stralan ist auf eine Länge von 160 m fertiggestellt worden. Da die bisherigen Arbeiten einen Anhalt zur Beurtheilung des Unternehmens geben und den Beweis

Nimmahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: N. Hoff, Haasenstein & Vogler, G. L. Danne, J. W. B. Berlin, Bernh. Arndt, Mar. Gerstmann, Eberhard W. Thienens, Greifswald G. Mies, Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Neubaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Gieseler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

liefern, daß auch im Berliner Untergrund ohn- allzu große Schwierigkeiten derartige Tunnel banten herstellbar sind, lassen wir einige Mittheilungen über den interessantesten Bau nach den Angaben des Archivs für Post und Telegraphie folgen. Der Tunnel, welcher eine Länge von 433 m erhalten wird, kreuzt den etwa 200 m breiten Spreesfluß annähernd rechtwinklig. Seine Sohle liegt 10,7 m unter dem mittleren Wasserspiegel des Flusses, so daß bei einer durchschnittlichen Tiefe des letzteren von 3,3 m und einem Durchmesser des Tunnelmantels von 4 m zwischen Tunnelsohle und Fußboden noch eine 3,4 m starke Decke verbleibt. Während der Tunnel unter dem Fluße in dem schwachen Gefälle von 1:600 liegt, steigt er nach den Mündungsböschern zu in einer Neigung von 1:20 und schließt sich auf beiden Ufern an ebenso geneigte, durch Futtermanern begrenzte Rampen an, die den Liebergang nach der Oberfläche des Geländes vermitteln. Mit dieser Anlage soll auf dem linken Flußufer eine im Treptower Park herzustellende Endstation, auf dem rechten Ufer eine durch die Ortschaft Stralan nach Berlin verlaufende Straßenbahn in Verbindung gebracht werden. Der Querschnitt des Tunnelrohrs ist kreisförmig und bei einem Durchmesser von 4 m so bemessen, daß er zum Durchgang gewöhnlicher, in der Höhe möglichst beschränkter Straßenbahnwagen ausreicht. Der eiserne Tunnelmantel besteht aus einzelnen 65 cm breiten Ringen und zwischen diesen eingebauten Verstärkungsrippen von 1,5 cm Stärke. Die Ringe sind aus je neun gepreßten, mit Flanschen versehenen gußeisernen Platten und einem die Aufstellung erleichternden Schlußstück zusammen-

gefügt. Bei einer Stärke der Platten von nur 1 cm wird, wie dies eine beim Baubeginn vorgenommene Belastungsprobe und die seitheiligen Erfahrungen bezeugen haben, dennoch eine genügende Standfestigkeit erreicht. Allerdings muß hierbei auf einen sicheren Schutz des Eisens gegen Rost Bedacht genommen werden. Zu dem Zwecke wird der Tunnelmantel sowohl außen wie innen mit einem 8 bis 10 cm starken Liebergang aus Zementmörtel versehen, dessen Anbringung keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Auf der Tunnelsohle wird in einem Betonkörper das vollständige Gleis eingebettet und eine Rinne hergestellt, durch die das Siderwasser dem tiefsten Punkte des Tunnels zugeführt wird, um von hier mittels einer elektrisch zu betriebenen Pumpe gehoben zu werden. Neben dem Gleise sind in geeigneten Zwischenräumen Trichterräume als Ausweicheplätze angebracht. Der Brustschild (der bewegliche Theil der Vortriebsvorrichtung) besteht aus einem eisernen Rohre, das vorn durch eine Brustwand abgeschlossen, hinten aber offen ist und über den fertigen Tunnel um eine geringe Länge hinweggreift. Die vordere Brustwand ist mit verschließbaren Oeffnungen zur Förderung des Bodens versehen und mit einer Anzahl von dreihaken Stöpfbüchsen ausgerüstet, durch welche die Sonden, Meißel oder Bohrer zur Befestigung etwaiger Hindernisse in das vorliegende Erdreich eingeführt werden können. Eine Querwand theilt den Schild in zwei Theile: eine vordere Kammer zur Aufnahme des Erdreichs und eine hintere Kammer, in welcher der Einbau der Tunnelringe, die Herstellung der Zementverkleidungen und der Vortrieb des Schildes bewirkt werden. Sektoren erfolgt mittelst kräftiger, am Umfange der Schildwandung angebrachter Wasserdruckpressen, durch die ein Druck von 900 Tonnen ausgeübt werden kann.

Die Kraft zum Betriebe des Tunnelbaues wird in einem bei dem Mündloch errichteten Maschinenhause erzeugt, welches zwei größere Lokomobile, einen Dampfessel, vier Luftpumpen, drei Wasserpumpen, eine Wasserpumpenpumpe, eine Dynamomachine und eine Akkumulatorenbatterie für die elektrische Beleuchtung enthält. Von dem Maschinenhause führen zwei Luftleitungsrohre, drei Presswasserleitungsrohre, sowie die elektrischen Licht- und Fernspreitleitungen in den Tunnel bis zur Arbeitsstelle, wo die Rohrleitungen in Teleskop-rohren endigen, um die Verlängerung beim Vortrieb des Schildes zu ermöglichen.

Der tägliche Vortrieb des Tunnels beträgt durchschnittlich 1,3 m; an einzelnen Tagen wurde ein Fortschritt von 2 m erreicht.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. November. Das XV. Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen enthält folgende aus Pommern: Wittne Wille geb. Polzin zu Köslin führt Beschwerde wegen Rechtsverweigerung; Eigenthümer G. Schradt zu Sallmow bei Rogow und Genossen führen Beschwerde über einen Beschluß ihrer Gemeindevertretung, den Schulbau in Sallmow betreffend; der ehemalige Wehrmann Joh. Kallas zu Gröbenitz bei Berndorf bittet um Bewilligung einer Beihilfe auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895; Arbeiter Martin Lange zu Altenhagen bei Nigenwold petitionirt wegen Altersrentenansprüchen; Lehrer A. Bartelt und Genossen in Köslin bitten um Aufhebung des Impfgesetzes bezw. Befreiung des Impfwzwanges; das Amt der Jesener zu Stralsund und Genossen bitten um Einführung eines Zolles auf frisch: Seefische und Erhöhung des Zolles auf gefalzene Heringe; Hofbesitzer Jubbe und Genossen in Radowen bei Kammin bitten, dem zu dem Margarinegesetz gefassten Beschlusse hinsichtlich des Färbewerbs und der Vorschriften getrennter Verkaufsräume für Butter und Margarine zuzustimmen; Superintendent Knuth, der Kreisinspektionsvorstand zu Grimmen und die k. n. l. Superintendenten Damm und bittet um Abänderung des kirchlichen Gesetzbuchs (Zulassung der Geschlechtslehre durch den Geistlichen). Sehr zahlreich sind auch aus der Provinz Pommern die Unterschriften zu den Petitionen eingegangen, in denen um Befreiung des Duellwessens in der Armee und um Befreiung der Militärgerichtsbarkeit auf die Aburtheilung von Militärvergehen gebeten wird.

Wir machen nochmals auf das heute beginnende Gastspiel Felix Schweighofers im Volktheater aufmerksam, als erste Gastrolle hat derselbe die Titelpartie in der Posse „Der von Verlager“ gewählt und wird derselbe seine besten Komplets als Einlagen bringen.

Der h. 12 wurden hier zwei Burchen im Alter von 12 bis 17 Jahren, dieselben haben mehrfach aus dem alten Baagenschuppen des







Original-Roman von E. v. Linden.

2 anst. ja. Heute suchen z. 1. Dez. in Büllchow fröh-  
Schlaft. Off. u. Eb. C. E. 800 postl. Büllchow



